



Sabine Dittmar
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin aktuell

Berlin, 13.10.2014

Sabine Dittmar, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71810
Fax: +49 30 227-76811
sabine.dittmar@bundestag.de
www.sabine-dittmar.com

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: +49 971-6994949
Fax: +49 971-6994950
kontakt@sabine-dittmar.com

FOTO DER WOCHE	Seite 2
TOP-THEMA - BAföG	Seite 3
INNENPOLITIK	Seite 4
25 JAHRE MAUERFALL	Seite 5
BUNDESWEHR	Seite 6
ASYLRECHT	Seite 7
BREITBAND AUSBAU	Seite 8

Liebe Leserinnen und Leser,

wer meinen persönlichen und beruflichen Werdegang kennt, der weiß, wie hoch ich den Wert von BAföG und anderen Ausbildungsförderungen schätze. Ohne die Reformen der SPD-Regierung in den 1970er Jahren wären mir weder der Weg zum Abitur, noch ein Studium offen gestanden. Deshalb begrüße ich die BAföG-Reform mit all ihren Bestandteilen ausdrücklich und darum ist dieser Bereich auch das TOP-THEMA der vorliegenden Ausgabe von „Berlin aktuell“.

Immer wieder konnte man in den Medien von PolitikerInnen lesen, die nahtlos aus dem Bundeskabinett in Spitzenpositionen der freien Wirtschaft wechselten oder noch wechseln werden. Dies wurde und wird meines Erachtens völlig zu Recht kritisch gesehen, die Trennlinien zwischen Politik und Wirtschaft müssen klarer und deutlicher gezogen sein. Daher ist es in der Konsequenz nur richtig, hier scharfe Regeln einzuführen: Für ausscheidende Regierungsmitglieder soll künftig eine Karenzzeit von zwölf, in Sonderfällen von 18 Monaten gelten.

Ich wünsche eine informative Lektüre

Ihre

Sabine Dittmar, MdB



FOTO DER WOCHE



„Der Bevölkerung“ steht auf dem groben Jutesack, darunter „Erde aus dem Wahlkreis Bad Kissingen (248)“ und „Im Bundestag vertreten durch Sabine Dittmar“.

Pünktlich zum Abschluss meines ersten Jahres im Bundestag brachte ich –im Beisein einer Besuchergruppe aus der Heimat- Erde aus unserem Wahlkreis in eine Installation des Künstlers Hans Haacke ein. In großen Buchstaben ist in einem noch größeren Pflanztrog der Schriftzug „DER BEVÖLKERUNG“ zu lesen. Alle Abgeordneten sind aufgerufen, Erde aus ihren Wahlkreisen in das wildwuchernde Kunstwerk (im Hintergrund zu erkennen) einzubringen.

Unter www.derbevoelkerung.de wird nicht nur Hans Haackes Installation vorgestellt und erläutert. Dort findet sich auch eine Liste der Abgeordneten, die Erde aus ihren Wahlkreisen nach Berlin gebracht haben. Außerdem ist dort ständig eine aktuelle Webcam-Aufnahme der Installation zu sehen; sie wird zweimal täglich erneuert.



TOP-THEMA

In Bildung und Chancengleichheit investieren

Der Bundestag hat am letzten Donnerstag zum ersten Mal die Koalitionspläne zur umfassenden Modernisierung der Ausbildungsförderung BAföG beraten. Unter anderem sollen die Leistungen spürbar verbessert, mehr Studierende gefördert und die Länder zu 100 Prozent von den BAföG-Zahlungen entlastet werden.

Das während der Kanzlerschaft Willy Brandts (SPD) eingeführte Bundesausbildungsförderungsgesetz (kurz BAföG) ist eines der wichtigsten Instrumente der Studienfinanzierung, um jungen Menschen die Tür für eine Hochschulbildung und den gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen, betonten SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und Oliver Kaczmarek, stellvertretender Sprecher der Fraktionsarbeitsgruppe Bildung und Forschung, im Plenum. „Für uns Sozialdemokraten hat das BAföG eine besondere Bedeutung“, so Oppermann.

Die staatliche Ausbildungsförderung werde nun mit der geplanten 25. BAföG-Reform an die zeitgemäße Lebenswirklichkeit der Auszubildenden angepasst und substanziell verbessert.

Mehr Geld, mehr Geförderte, mehr Bildungsgerechtigkeit

Das Kabinett hatte bereits am 21. Juli 2014 ein Eckpunktepapier zur Ausweitung und Modernisierung des BAföG vorgestellt. Nun wurde der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung in 1. Lesung im Bundestag beraten (Drs. 18/2663).

Der Entwurf sieht vor, mit Beginn des Schuljahres 2016 bzw. Wintersemesters 2016/17, die Bedarfssätze und Freibeträge für alle BAföG-Geförderten um sieben Prozent zu erhöhen. Zudem sollen die Vermögensfreibeträge und Hinzuverdienstgrenzen angehoben und der Wohnzuschlag auf 250 Euro aufgestockt werden. „Dies ist die größte BAföG-Erhöhung seit 2008“, stellte Oppermann klar.

Auch weitere Anpassungen an die Bachelor/Master-Studienstruktur und zunehmende Internationalität, eine Anhebung und Vereinheitlichung des Kinderbetreuungszuschlags sowie eine weitere Entbürokratisierung und elektronische Antragsstellung sieht der Gesetzentwurf vor.

Bereits ab dem 1. Januar 2015 will der Bund die volle Finanzierung der staatlichen Förderung übernehmen und die Länder damit dauerhaft um jährlich 1,17 Milliarden Euro entlasten. Bisher mussten diese zu den BAföG-Kosten 35 Prozent beisteuern. Die frei werdenden Mittel sollen die Bundesländer in Bildung investieren.

Verbesserungen auch beim „Meister-BAföG“

Die geplante Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge im BAföG ist per Gesetz automatisch gekoppelt mit der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), bekannt als das „Meister-BAföG“. Neben förderberechtigten Schülerinnen und Schülern und Studierenden erhalten also auch förderberechtigte Fachkräfte von 2016 an mehr Geld.

Es sei nur folgerichtig, auch bald eine Reform des Meister-BAföG nachzuziehen, betonte Martin Rabanus, der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion. Denn auch hier gebe es einige Modernisierungsansätze. Eine Weiterentwicklung des Meister-BAföG wurde von den Koalitionsfraktionen bereits im Koalitionsvertrag vereinbart.



Lockerung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Länder

Am letzten Freitag hat der Bundestag in 1. Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung von Artikel 91b des Grundgesetzes beraten (Drs. 18/2710). Ziel der Verfassungsänderung ist die Lockerung des so genannten Kooperationsverbots von Bund und Ländern, damit der Bund neben Forschung und Wissenschaft künftig auch die Hochschulen fördern kann. So soll die Grundfinanzierung der akademischen Ausbildung verbessert und die Forschung und Lehre überregional weiter gestärkt werden. Die Grundgesetzänderung ist auch die Voraussetzung dafür, dass der Bund wie vereinbart von 2015 an die vollständigen BAföG-Zahlungen der Länder übernehmen kann.

Die SPD-Fraktion wolle ein dauerhaftes Zusammenwirken von Bund und Ländern zur Verbesserung der Wissenschaftslandschaft in Deutschland ermöglichen, betonte Fraktionsvize Hubertus Heil im Plenum. Nicht „Projektitis“, sondern finanzielle Planungssicherheit bringe die Hochschulen weiter. Das Kooperationsverbot sei ein „Fehler“ gewesen, den man nun korrigieren werde.

Auch für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst-Dieter Rossmann ist klar: „Wir brauchen mehr Kooperationen im Hochschulbereich und müssen uns einstellen auf eine veränderte Wissenschaftsarchitektur“. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaftslandschaft werde mit der Verfassungsänderung nachhaltig gestärkt, und Kooperationen von Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden deutlich erleichtert.

SPD-Fraktion will Kooperationsverbot langfristig komplett kippen

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion bleibt es, das Kooperationsverbot im gesamten Bildungsbereich – also auch für Schulen – aufzuheben. Der Bund müsse „endlich wieder gemeinsam mit den Ländern in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen investieren“, sagte Fraktionschef Thomas Oppermann im Vorfeld der Bundestagsdebatte.

INNENPOLITIK

Koalition einigt sich auf Karenzzeiten

Die Fraktionsspitzen von Union und SPD haben sich auf feste Regeln für Politikerwechsel in die Wirtschaft geeinigt. Für ausscheidende Regierungsmitglieder soll künftig eine Karenzzeit von zwölf, in Sonderfällen von 18 Monaten gelten.

Ziel einer Karenzzeit, also Übergangszeit, ist es, dem Anschein von problematischen Interessenverflechtungen und der Beeinflussung von Amtshandlungen durch die Interessen des neuen Arbeitgebers vorzubeugen. Ausscheidende Spitzenpolitiker einer Regierung sollen nicht als Türöffner und Lobbyisten engagiert werden, weil sie über wertvolle Kontakte und Insiderinformationen verfügen, die weit über ihr Fachgebiet hinausgehen können. Das könnte letztlich sogar zu einem Problem für die Demokratie werden.



Eine Regelung über eine Karenzzeit ist demnach korruptionsvorbeugend und wirkt Machtungleichgewichten entgegen. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits zu Beginn des Jahres eine klare Regelung für den Wechsel von Politikerinnen und Politikern in die Wirtschaft gefordert, um möglichen Interessenskollisionen von Anfang an einen Riegel vorzuschieben.

Mit der CDU/CSU-Fraktion haben sich die Sozialdemokraten nun auf eine Regelung mit Augenmaß verständigt, die sich an den Vorgaben für die Europäische Kommission orientiert: Künftig müssen Minister und Parlamentarische Staatssekretäre unverzüglich anzeigen, wenn sie eine Tätigkeit außerhalb des Parlaments oder des öffentlichen Dienstes aufnehmen wollen. Die Bundesregierung wird dann jeweils im Einzelfall entscheiden, ob eine Karenzzeit einzuhalten ist. Ihre Entscheidung wird sie auf Grundlage des Vorschlags eines beratenden Gremiums aus unabhängigen Persönlichkeiten treffen. Dieses Expertengremium soll mit Personen besetzt werden, die über hohe Reputation und viel Erfahrung verfügen, etwa ehemalige Bundesverfassungsrichter.

Kabinetts muss per Gesetz ermächtigt werden

Wenn bei Berücksichtigung aller Umstände keine Interessenskonflikte drohen, soll auf eine Karenzzeit verzichtet werden. In allen anderen Fällen gilt eine Karenzzeit, deren Dauer in der Regel bis zu zwölf Monate und in besonderen Fällen bis zu 18 Monate betragen kann. Die konkreten Einzelheiten muss die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf ausarbeiten. Der ist nötig, weil es sich hier um eine Einschränkung der Berufsausübung handelt. Per Gesetz muss das Kabinetts ermächtigt werden, zu entscheiden.

OSTDEUTSCHLAND

Bundestag debattiert Bericht zur Deutschen Einheit

Am 9. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig 70.000 Menschen gegen das DDR-Regime. 25 Jahre danach hat der Deutsche Bundestag über den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit diskutiert (Drs. 18/2665). Der diesjährige Bericht widmet sich intensiv der friedlichen Revolution in der DDR vor 25 Jahren. Er würdigt die Verdienste derjenigen, die sich für Bürgerrechte stark machten, dafür auf die Straße gingen und sich mutig gegen staatliche Willkür stellten. Sie haben die Mauer zum Einsturz gebracht.

„Ihre Freiheit haben sich die Ostdeutschen selbst erkämpft. Mit einer Revolution, bei der kein einziger Schuss gefallen ist und die wir deshalb voller Stolz als Friedliche Revolution bezeichnen dürfen“, sagte die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke (SPD). Der Bericht würdige auch das Leben der ganz großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DDR, die ganz einfach versucht habe, ein anständiges Leben zu führen. Es sei ein Leben voller Widersprüche gewesen. „Wir haben gewusst, dass in der Disco die Stasi immer mitgetanzt hat, aber wir sind trotzdem gerne tanzen gegangen“, erinnerte sich Gleicke. Doch es habe auch die Geschichten vom kleinen und großen Verrat gegeben, von Demütigung und Verfolgung, von Knast und Zwangsarbeit, vom Verlust geliebter Menschen durch Ausbürgerung, Flucht und schlimmstenfalls durch den Tod.



Heute Engagement und Solidarität zeigen

„Die DDR war ein Unrechtsstaat“, sagte der Leipziger Bundestagsabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Tiefensee. Dies solle man einfach stehen lassen, die Diskussionen darüber seien ermüdend. Für ihn gebe es drei Dinge, die aus der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und aus dem Transformationsprozess der deutschen Einheit für heute abzuleiten seien: "Seid nicht ohnmächtig, sondern engagiert euch“, dies gelte auch in einer Demokratie. Und es solle den Ländern in Europa Solidarität entgegengebracht werden, denen es nicht so gut gehe. Man solle nicht „auf andere herunter schauen“. Ebenso müsse Solidarität gegenüber den Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, mit einer Willkommenskultur gezeigt werden.

Unterstützung für strukturschwache Regionen in Ost und West

Die Sprecherin der Landesgruppe-Ost in der SPD-Fraktion, Daniela Kolbe, erinnerte daran, dass die DDR vor 25 Jahren „nicht nur politisch und moralisch am Ende war, sondern auch ökonomisch.“ Aus diesem heruntergewirtschafteten Staat sei innerhalb von 25 Jahren eine Region geworden, die ökonomisch im Mittelfeld Europas stehe. Das zeige, was die Flexibilität, die Tatkraft und der Optimismus der Ostdeutschen sowie die historisch beispiellose Solidarität der Westdeutschen zu Wege gebracht habe. Dennoch sei es keine umfassende Erfolgsstory, sagte Kolbe. Sie machte deutlich, dass Ostdeutschland bei allen positiven Entwicklungen nach wie vor wirtschaftlich schlechter dastehe. Mit Blick auf den 2019 auslaufenden Solidarpakt II forderte sie, „strukturschwache Regionen daher auch über 2019 hinaus weiter zu unterstützen, aber nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit“.

AKTUELLE STUNDE

"Wir werden die Bundeswehr stärken"

Bei der Bundeswehr gibt es große Probleme bei der Beschaffung und Ausstattung. In einer Aktuellen Stunde am Mittwoch hat das Parlament die Missstände debattiert.

Als verlässlicher Bündnispartner steht Deutschland in der Pflicht, seine militärische Handlungsfähigkeit zu sichern. Die jüngsten Pannen beim Lufttransport von militärischen und humanitären Hilfen haben gezeigt: Es müssen nun rasch die richtigen Weichen gestellt werden, um vorhandene Missstände zu beheben. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte dazu: "Die Bundesverteidigungsministerin hat die Missstände nicht selbst zu verantworten. Aber sie ist gefordert, die Bundeswehr schnellstmöglich wieder fit zu machen."

Eine Unternehmensberatung hat ein Gutachten erstellt, das an diesem Montag vorgestellt wurde. Darin werden Mängel aufgelistet, die noch aus den Zeiten der Vorgänger von Ursula von der Leyen (CDU) stammen. Es wird deutlich: Der schlechte Materialzustand ist keine Frage des Geldes, sondern des richtigen Managements.



Jahrelange Warnungen durch das Parlament

In der Aktuellen Stunde am Mittwoch sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold, die Bundeswehr sei zwar "leistungsfähig, in manchen Bereichen aber nicht durchhaltetfähig". Das gehe "auf die Knochen der Soldatinnen und Soldaten".

Arnold konstatierte, das Parlament sei nicht schuld an den Problemen. "Viele hier weisen seit Jahren auf Fehlentwicklungen hin". Und auch im Ministerium habe es Menschen gegeben, die gewarnt oder Ratschläge gegeben hätten - die aber hätten als Störenfriede gegolten.

Arnold bekräftigte, dass die Ministerin die Unterstützung der Koalition habe bei den Lösungsprozessen, die nun anstünden.

Zur Wahrheit gehöre, deutlich zu sagen, dass die Wirtschaft nicht verlässlich gearbeitet habe und auch, dass es im Verteidigungsministerium eine Struktur gebe, die den Rüstungsvorhaben nicht mehr gewachsen war.

SOZIALES

Leistungen für Asylbewerber verbessern

Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil vom 18. Juli 2012 die Höhe der Geldleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylLB) für zu niedrig und unvereinbar mit dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum erklärt. Das Gericht forderte vom Gesetzgeber, die Leistungssätze neu zu regeln und sie künftig transparent, realitäts- und bedarfsgerecht zu ermitteln. Seitdem wurden die Leistungen bereits auf Grundlage einer Übergangsregelung gewährt.

Um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und des Sozialgerichtsgesetzes (Drs. 18/2592) vorgelegt. Den hat der Deutsche Bundestag am 9. Oktober in 1. Lesung beraten.

Das AsylbLG legt die Höhe und Form von Leistungen für Asylbewerber/innen und geduldete Ausländer/innen fest. Künftig sollen die Leistungen nach dem AsylLG wie die der Grundsicherung (SGB II) und Sozialhilfe (SGB XII) auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelt und angepasst werden. Dadurch wird es zu deutlich höheren Leistungssätzen kommen. Die EVS wird alle fünf Jahre in enger Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern erhoben.

Die Gesetzesänderung regelt außerdem, dass die Wartezeit, bis Leistungen in gleicher Höhe wie die Sozialhilfe (SGB XII) erbracht werden, nicht mehr vier Jahre, sondern 15 Monate betragen soll. Kinder und Jugendliche sollen von Anfang an einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, z. B. für ihren persönlichen Schulbedarf, erhalten.

Länder und Kommunen entlasten

Darüber hinaus sollen minderjährige Kinder nicht mehr für die Verstöße ihrer Eltern gegen die aufenthaltsrechtlichen Mitwirkungspflichten mit Leistungsminderungen bestraft werden.



Bestimmte Personengruppen mit humanitären Aufenthaltstiteln wie Opfer von Menschenhandel oder Bürgerkriegsflüchtlinge sollen künftig nicht mehr unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Sie beziehen bei Bedürftigkeit Grundsicherung oder Sozialhilfe. Diese Neuregelung entlastet Länder und Kommunen im Jahr 2015 um 31 Millionen Euro und 2016 um 43 Millionen Euro. Für den Bund entstehen dadurch Mehrausgaben in Höhe von 27 Millionen Euro im Jahr 2015 und 37 Millionen im Jahr 2016.

INFRASTRUKTUR

Breitbandausbau vorantreiben

Damit die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbauziele der Internetversorgung (50 Mbit/s bis 2018) erreicht werden können, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, die bisherige Breitbandstrategie des Bundes umfassend weiterzuentwickeln. Nun wurden ergänzende Lösungsvorschläge aus dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur beschlossen.

Die Koalitionsfraktionen haben sich beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ein „besonders ehrgeiziges Ziel gesetzt“, erklärte Martin Dörmann (SPD), Obmann des Ausschusses Kultur und Medien und Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Digitale Infrastruktur. „Wir wollen, dass bis Ende 2018 in ganz Deutschland Hochgeschwindigkeitsbandbreiten von mindestens 50 Megabyte pro Sekunde verfügbar sind.“ Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sei es doch Konsens, so Dörmann, dass „schnelles Internet für alle“ sowohl Voraussetzung für ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten als auch für gesellschaftliche Teilhabe sei. Eine „digitale Spaltung zwischen gut versorgten Ballungsräumen auf der einen und abgehängten ländlichen Gebieten auf der anderen Seite“ könne man nicht zulassen, betonte Dörmann.

Schnelleres Internet für alle

Um dem Breitbandausbau daher neuen Schwung zu verleihen, unterstützten die Koalitionsfraktionen am Donnerstag eine ergänzende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur für ein „schnelleres Internet für alle“ (Drs. 18/1973) zu ihrem Antrag (Drs. 18/1973).

Die Bundesregierung solle den Breitbandausbau in Deutschland „im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel konsequent“ vorantreiben, um die geplante flächendeckende Internet-Versorgung auch zu erreichen, so die Forderung der Mitglieder von SPD und CDU/CSU des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur. Ohne „beträchtliche Investitionen“ sei das Ziel nicht zu erreichen. Daher müssten nun Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit auch viele Unternehmen „in einem funktionierenden Wettbewerbsumfeld investieren“.

Angestrebt wird eine optimale Kombination aus guten Festnetz- und Mobilfunkverbindungen mit flächendeckend hohen Geschwindigkeiten. Die Ausschussmitglieder haben hierzu zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um vor allem zusätzliche Investitionsanreize zu setzen und bisherige Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.